REKTOREN KONFERENZ
der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

29.10.2026

Positionspapier der Hochschulen für den öffentlichen Dienst zur Stärkung der demokratischen Resilienz in Deutschland

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst tragen eine zentrale Verantwortung für die demokratische Stabilität und Belastbarkeit unseres Gemeinwesens. Als Ausbildungsstätten für Polizei, allgemeine Verwaltung, Finanz- und Steuerverwaltung, Rechtspflege sowie Archivwesen prägen sie jene Berufsgruppen, die täglich das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft gestalten.

Die Hochschulen vermitteln diese demokratische Professionalität systematisch durch wissenschaftlich fundierte politische Bildung, durch die Förderung kritischer Reflexionsfähigkeit und durch die konsequente Verankerung rechtsstaatlicher Werte in Forschung, Lehre und Praxis. Studierende lernen, komplexe gesellschaftliche Konflikte einzuordnen, mit Vielfalt souverän umzugehen und Entscheidungen transparent sowie bürgerorientiert zu kommunizieren. Damit werden sie befähigt, in ihrem späteren Berufsalltag Vertrauen zu schaffen – sei es im Verwaltungskontakt, im Steuerverfahren, im polizeilichen Einsatz oder im Gerichtssaal.

Zugleich stärken die Hochschulen demokratische Resilienz durch Forschung und Transfer. Sie analysieren gesellschaftliche Entwicklungen, identifizieren Risiken für die demokratische Ordnung und entwickeln evidenzbasierte Lösungsansätze für Verwaltungspraxis, Sicherheitsbehörden und Justiz. Interdisziplinäre Projekte fördern das gemeinsame Verständnis über die Rollen und Herausforderungen der verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes und tragen dazu bei, organisationale Lernfähigkeit und Reformbereitschaft zu erhöhen.

In einer Zeit zunehmender Polarisierung, Desinformation und Vertrauenskrisen kommt den Hochschulen für den öffentlichen Dienst damit eine strategische Bedeutung zu. Sie sind nicht nur Ausbildungsorte, sondern demokratische Infrastruktur, Ankerpunkte und verlässliche Orte, an denen die Werte des Grundgesetzes gelebt, diskutiert und weiterentwickelt werden.

Der öffentliche Dienst und seine Rolle in Staat und Gesellschaft

Die historischen Erfahrungen Deutschlands mit zwei Diktaturen prägen bis heute die Erwartungen an staatliches Handeln und die Sensibilität gegenüber Machtmissbrauch. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit einer strikten Bindung staatlicher Tätigkeit an Recht und Gesetz, einer klaren Abgrenzung gegenüber politischer Instrumentalisierung sowie einer transparenten, kontrollierten und verantwortungsbewussten Verwaltungspraxis, welche sich der gesellschaftlichen Dimension ihres Handelns stets bewusst ist. Diese Grundsätze gelten für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes gleichermaßen. Die Akteure und Einrichtungen im öffentlichen Dienst haben seit jeher eine besondere Verantwortung für den Rechtsstaat und die politischen Grundwerte. Sie sichern in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen rechtskonforme Verfahren und üben staatliche Autorität auf der Grundlage von Recht und Gesetz aus.

Demokratische Resilienz durch Integrität und gesellschaftliche Einbindung

Demokratische Resilienz entsteht nicht allein durch rechtliche Rahmenbedingungen, sondern auch durch Integrität und gesellschaftliche Einbindung. Dies umfasst eine werteorientierte Organisationskultur, die Förderung berufsethischer Standards, die Prävention extremistischer Tendenzen sowie die konsequente Sanktionierung von Fehlverhalten. Integrität, Transparenz und Verantwortungsbewusstsein sind unverzichtbare Voraussetzungen für das Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln.

Vor dem Hintergrund wachsender Erwartungen an die staatliche Leistungsfähigkeit kommt der bürgerorientierten Kommunikation eine besondere Bedeutung zu. Staatliche Institutionen stehen verstärkt im Fokus öffentlicher Debatten und werden zunehmend mit Misstrauen, Verschwörungserzählungen oder delegitimierenden Narrativen konfrontiert. Eine professionelle, transparente und dialogorientierte Kommunikation nach innen und außen ist daher ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Resilienz. Sie berücksichtigt insbesondere die Aspekte einer verständlichen Sprache, der interkulturellen Sensibilität sowie der Fähigkeit, Konflikte sachlich zu moderieren und dabei gleichzeitig Vertrauen zu stärken.

Der konkrete Beitrag der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst leisten einen zentralen Beitrag zur Stärkung dieser relevanten Kompetenzen. Politische Bildung, wissenschaftlich fundierte Curricula und die Förderung kritischer Reflexionsfähigkeit bilden die Grundlage für eine moderne, demokratische Ausbildung. Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, mit gesellschaftlicher Diversität, mit Diskriminierungsrisiken, Propaganda und Desinformation sowie mit aktuellen politischen Konfliktlagen ist für alle Fachrichtungen unverzichtbar. Darüber hinaus gewinnen interdisziplinäre Lehr- und Forschungsansätze an Bedeutung, da die Herausforderungen demokratischer Resilienz regelmäßig mehrere Verwaltungsbereiche gleichzeitig betreffen.

Eine moderne Organisationskultur im öffentlichen Dienst ist ebenfalls von zentraler Bedeutung. Kooperative Führung, partizipative Entscheidungsprozesse, Diversität und Gleichberechtigung sowie eine ausgeprägte Fehler- und Lernkultur stärken die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen und erhöhen ihre Anpassungsfähigkeit in Krisensituationen. Digitalisierung und technologische Innovationen bieten zusätzliche Potenziale für Transparenz, Effizienz und Bürgernähe. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer kontinuierlichen Qualifizierung der Beschäftigten.

Gemeinsame Verteidigung der Werte des Grundgesetzes

Der öffentliche Dienst versteht sich insgesamt als tragende Säule einer widerstandsfähigen Demokratie, die aktuell mehr denn je in Gefahr ist. Seine Beschäftigten verkörpern im täglichen Handeln die Werte des Grundgesetzes und gestalten das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft aktiv mit. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst sehen sich als strategische Partner dieser Entwicklung. Mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen stehen sie für und fördern sie wissenschaftliche Exzellenz, werteorientierte Professionalität und eine zukunftsgerichtete Qualifizierung.

(Einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen auf der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst am 29.10.2026 in Wiesbaden.)